

STA 9 2016.STA.25266

Planungserklärung

Version 4

05.03.2019 / AO

Richtlinien der Regierungspolitik 2019 - 2022

Urheber/-in	Antrag		+ ++	- --
SAK (Jost)	1.	<u>Zum Kapitel Grundmaxime:</u> Der Regierungsrat hat in der Grundmaxime seiner Richtlinien die nachhaltige Entwicklung mit den drei strategischen Themenfelder Wirtschaft, Gesellschaft und Umwelt festgelegt. Der Regierungsrat wird aufgefordert, die Schaffung von drei Beiräten für die Themenbereiche Wirtschaft, Gesellschaft und Umwelt zu prüfen. In diesen Beiräten nehmen Personen aus der Regierung, aus der Forschung und je nach Thema aus den Bereichen Wirtschaft, Gesellschaft und Umwelt Einsitz. Diese Beiräte beraten den Regierungsrat in strategischen Fragen.		—
EVP (Kipfer)	1.a	<u>Zum Kapitel Finanzpolitisches Umfeld (Seite 7):</u> Der Regierungsrat macht den Erfolg der Projekte und Massnahmen von der finanzpolitischen Entwicklung abhängig. Diese wird aber nicht ausreichen, alle Projekte aus Eigenmitteln zu finanzieren. Der Regierungsrat wird daher aufgefordert, Rat und Bevölkerung darzulegen, - unter welchen Bedingungen er zur Umsetzung der angedachten sinnvollen Investitionen eine Neuverschuldung und somit eine (vorübergehende) Erhöhung der Bruttoschuld in Kauf nehmen will und - wie er den nötigen Prozess transparent mit oder auch ohne neuen Fonds steuern will.	+	

SAK (Jost)	2.	<u>Zu Ziel 1:</u> Im Ziel 1 („Innovations- und Investitionsstandort“) werden die kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) nur in einem Projekt erwähnt. Der Regierungsrat wird aufgefordert, weitere spezifische Massnahmen zu treffen, damit der Kanton Bern für die Ansiedlung und Firmengründungen von KMU attraktiver wird. Als Ziel soll der Kanton Bern führender KMU-Standort der Schweiz werden.	+	
Geissbühler (SVP)	2.a	<u>Zu Ziel 1:</u> Der Kanton fördert die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, indem sowohl die Wirtschaft wie auch der Kanton vermehrt Teilzeitstellen schaffen.	+	
Brönnimann (glp) Wildhaber (SP-JUSO-PSA)	2.b	<u>Zu Ziel 1 (Kapitel Strategische Ziele):</u> Ein ausreichendes Angebot an kompetenten Lehrpersonen wird sichergestellt mit gezielten Massnahmen zur Attraktivitätssteigerung des Lehrberufs.		-
SAK (Jost)	3.	<u>Zu Ziel 2:</u> Unter dem Ziel 2 („Nationales Politikzentrum und digitale Transformation“) prüft der Regierungsrat weitere Massnahmen um die Wertschöpfung rund um ein Verwaltungs-Cluster zu steigern. Dabei sollen beispielsweise folgende Massnahmen geprüft werden: (a) Ausbau des Bildungsangebotes im Bereich der öffentlichen Verwaltung und der Non-Profit-Organisationen (b) Stärkung des Bereichs der Diplomatie um internationale Organisationen und Konferenzen nach Bern zu bringen (c) verbesserte Rahmenbedingungen für die Ansiedlung von weiteren Lobby-Unternehmen und -Organisationen in Bern.	+	
SP-JUSO-PSA (Gullotti)	3.a	<u>Zu Ziel 2:</u> Der Regierungsrat trägt aktiv zum Erhalt eines qualitativ hochstehenden Service Publics im Kanton Bern bei. Er gewährleistet der Bevölkerung einen Zugang zu den Leistungen der jeweiligen Akteure (Die Post, Schweizerische Depeschagentur, SBB Cargo usw.) und trifft die nötigen Massnahmen zur Aufrechterhaltung eines Dialogs mit ihnen.		-
SVP (Lanz)	3.b	<u>Zu Ziel 2 (Kapitel Projekte und Massnahmen):</u> Der Regierungsrat wird aufgefordert, auf einen Schwerpunkt im Projekt e-Voting (Ziel 2.3) zu verzichten und die Ressourcen auf die übrigen Projekte zu konzentrieren.		-

SP-JUSO-PSA (Marti)	3.c	<u>Ergänzung zu Ziel 3 (Zusammenhalt fördern):</u> Die Soziale Sicherheit ist für alle Menschen im Kanton Bern gewährleistet. Wer in Not gerät und nicht in der Lage ist, für sich zu sorgen, hat Anspruch auf Hilfe und Betreuung und auf die Mittel, die für ein menschenwürdiges Dasein unerlässlich sind.		-
SP-JUSO-PSA (Gabi Schönenberger)	3.d	<u>Zu Ziel 3 (Familienpolitik):</u> Der Kanton Bern betreibt eine aktive Familienpolitik, welche die Rahmenbedingungen für die Familien verbessert, insbesondere wird die Vereinbarkeit von Familie und Beruf weiter vorangetrieben und optimiert, sowie auch die Vernetzung der bestehenden Beratungsangebote und die Verbesserung der ökonomischen Situation von armutsgefährdeten und armutsbetroffenen Familien.		-
SVP (Aebi)	3.e	<u>Zu Ziel 3:</u> Stadt und Land sollen sich entwickeln. Eine Stärkung der Randregionen ist durch eine Sicherung der dortigen dezentralen Strukturen zu erreichen. Dezentrale Strukturen lassen sich heute „digital stützen“.	+	
Grüne (Grupp)	3.f	<u>Ergänzung zu Ziel 3 (Kapitel Projekte und Massnahmen; Projekt); neuer Punkt 3.5:</u> Der Kanton Bern stellt die materielle Leistungserbringung und die Bedingungen für stabile Lebensverhältnisse seiner Bevölkerung sicher.		-
SP-JUSO-PSA (Jordi)	3.g	<u>Ergänzung zu Ziel 3.C (Kapitel Projekte und Massnahmen; Projektideen/Perspektiven):</u> «Mit seiner neuen Gesundheitsstrategie legt der Kanton Bern die Basis für ein qualitativ hochstehendes, für alle leicht zugängliches, vernetztes und bezahlbares Gesundheitswesen...»		-
SP-JUSO-PSA (Jordi)	3.h	<u>Ergänzung zu Ziel 3 (Kapitel Projekte und Massnahmen; Projektideen/Perspektiven); neuer Punkt 3.E:</u> Mit gezielten Massnahmen fördert der Kanton Bern die berufliche Integration von Personen mit eingeschränkter Leistungsfähigkeit sowie anderen Benachteiligten. Er arbeitet dabei mit der Privatwirtschaft zusammen.		-
Grüne (Grupp)	3.i	<u>Ergänzung zu Ziel 3 (Kapitel Projekte und Massnahmen; Projektideen/Perspektiven); neuer Punkt 3.E:</u> Der Kanton Bern fördert die persönliche Freiheit und achtet die Grundrechte seiner Wohnbevölkerung trotz der neuen sicherheitspolitischen Entwicklungen.		-

SAK (Jost)	4.	<u>Zu Ziel 4:</u> Der Regierungsrat erwähnt im Ziel 4 („Regionale Vielfalt und Zweisprachigkeit“) die Brückenfunktion des Kantons Bern zwischen der deutsch- und der französischsprachigen Schweiz. Der Regierungsrat wird aufgefordert, zum erwähnten Expertenbericht („Bericht Stöckli“) Stellung zu nehmen und die Umsetzung prioritär in Angriff zu nehmen.	+	
SP-JUSO-PSA (Marti)	4.a	<u>Ergänzung zu Ziel 4 (Regionale Vielfalt als Chance):</u> Die regionalen Strukturen , insbesondere die Anzahl Gemeinden, werden nach einheitlichen Gesichtspunkten überprüft und aufgrund der Lebens- und Wirtschaftsräume gebündelt und zusammengefasst.		-
SP-JUSO-PSA (Gullotti)	4.b	<u>Zu Ziel 4:</u> Der Kanton Bern verpflichtet sich, die bestehenden institutionellen Errungenschaften der französischsprachigen Bevölkerung in den Verwaltungskreisen Berner Jura und Biel/Bienne zu konsolidieren. Er prüft im Nachgang des Stöckli-Berichts über die Zweisprachigkeit, wie die Französischsprachigen, die ihren Wohnsitz ausserhalb der Verwaltungskreise Berner Jura und Biel/Bienne haben, in die bestehenden regionalen Institutionen integriert werden können, und schlägt diesbezüglich konkrete Massnahmen vor.		-
SVP (Geissbühler)	4.c	<u>Zu Ziel 4:</u> Bei der Gemeindefusionspolitik muss die Freiwilligkeit oberster Grundsatz sein.		-
SAK (Jost)	5.	<u>Zu Ziel 5:</u> Der Regierungsrat wird aufgefordert, das Thema Klimawandel und nachhaltige Wassernutzung im Ziel 5 („Nachhaltige Entwicklung“) der Richtlinien zu berücksichtigen und konkrete Massnahmen in Zusammenarbeit mit Forschung und Wirtschaft zu prüfen. Hintergrund sind die durch den Klimawandel häufiger auftretenden saisonalen Wasserknappheiten. Der Kanton Bern hat durch seine Geografie Möglichkeiten, Wasserreservoirs für die Schweiz und sogar über die Landesgrenzen hinaus zur Verfügung zu stellen.	+	
SVP (Aebi)	5.a	<u>Zu Ziel 5:</u> Der Regierungsrat wird aufgefordert, eine klare Verbindung der Projekte zur finanziellen Situation des Kantons herzustellen und die Priorisierung der Projekte vorzunehmen.		-

SP-JUSO-PSA (Fuhrer-Wyss) Grüne (Baumann)	5.b	<u>Zu Ziel 5:</u> Der Anteil Biobetriebe im Kanton Bern erreicht mindestens den schweizerischen Durchschnitt.		-
SP-JUSO-PSA (Fuhrer-Wyss) Grüne (Baumann)	5.c	<u>Zu Ziel 5:</u> Die nötigen finanziellen und personellen Ressourcen werden für die Bio-Offensive zur Verfügung gestellt.		-
SP-JUSO-PSA (Fuhrer-Wyss) Grüne (Baumann)	5.d	<u>Zu Ziel 5:</u> Es wird ein Kompetenzzentrum Biolandbau für die Aus- und Weiterbildung aufgebaut.		-
SP-JUSO-PSA (Marti)	5.e	<u>Ergänzung zu Ziel 5 (Zukunftstechnologien und Nachhaltige Entwicklung):</u> Die Bildung als Grundvoraussetzung für nachhaltige Entwicklung ist zu fördern, insbesondere die vorschulische Förderung (z.B. Kita, Frühförderung) als Grundstein für den späteren Schulerfolg, die Weiterentwicklung der Volksschule als ganzheitlicher Lern- und Lebensort (z.B. freiwillige Ganztageschule), die Berufsbildung sowie die Nachholbildung.		-
Wandfluh (SVP)	5.f	<u>Zusätzliche Projektidee/ Perspektiven zu Ziel 5:</u> <u>Der Regierungsrat wird ersucht folgenden Text zum Schulstandort (Inforama) Hondrich als Punkt 5.E in die Regierungsrichtlinien aufzunehmen:</u> Mit seinem grossen Anteil an Hügel und Berggebiet ist der Kanton Bern ein zentraler Akteur in der Alpwirtschaft und Grünlandbewirtschaftung. Um diese Position zu stärken, wird im Oberland ein Zentrum für Alpwirtschaft und Grünlandnutzung mit nationaler Ausstrahlung aufgebaut. Die nachhaltige Nutzung und Bewirtschaftung der artenreichen Grünlandflächen im Hügel und Berggebiet ist zum Erhalt der vielfältigen Landschaft und der dezentralen Besiedelung von grosser Bedeutung. Die Produktion von Milch aus Gras und deren Veredelung zu Käse, wie auch die Produktion von Fleisch, stellt eine wesentliche Wertschöpfungskette für diese Gebiete dar und sind seit jeher ein wesentliches Standbein. Es ist zentral, das Wissen um Veredelung von Milch und Fleisch stetig weiter zu entwickeln und damit beizutragen, die Wertschöpfung zu erhalten oder auszubauen. Es gilt sowohl Bildung wie Beratung in diesem Bereich zu stärken und noch besser mit der Forschung zu vernetzen. Auch Fragestellungen der künftigen Nutzung und allfälligen Nutzungskonflikte im Alpenraum sind zunehmend von grosser nationaler wie auch internationaler Bedeutung. Um hier seine nationale Vorreiterrolle zu etablieren, schafft der Kanton Bern am Standort Hondrich ein entsprechendes Kompetenzzentrum.		--

Wandfluh (SVP)	5.g	<u>Zusätzliche Projektidee/ Perspektiven zu Ziel 5:</u> Der Regierungsrat wird ersucht als grösster Agrarkanton die Chance zu nutzen und unter Punkt 5.E die Nahrungsmittelproduktion-Verarbeitung in die Regierungsrichtlinien aufzunehmen: Die Ausbildung in der Nahrungsmittelproduktion und im Besonderen in deren Verarbeitung sollen vermehrt im Kanton gefördert werden. Flankierend dazu wird am Inforama Berner Oberland ein Zentrum für Alpwirtschaft und Grünlandnutzung mit regionaler Ausstrahlung aufgebaut. Weiter sollen Verbindungen zwischen HAFL, Inforama und Verarbeitungsbetrieben gefördert und bestehende Ressourcen weiter ausgebaut werden.		--
Grüne (Grupp)	5.h	<u>Zu Ziel 5:</u> Der Regierungsrat wird aufgefordert, das Schaffen guter Rahmenbedingungen für Zukunftstechnologien und Nachhaltige Entwicklung noch auf eine dritte Zielsetzung auszurichten: das Erreichen der Ziele des Klimavertrages von Paris.		-
Grüne (Grupp)	5.i	<u>Ergänzung zu Massnahmen im Zielbereich 5:</u> Der Regierungsrat wird aufgefordert, die Dekarbonisierung des Wärmesektors gemäss Projekt Nr. 5.5 beschleunigt voranzutreiben und zum Erreichen der Ziele des Klimavertrags von Paris zusätzliche Massnahmen zur Reduktion der CO2-Emissionen vorzusehen. Kurzfristig sollen mindestens jene CO2-Reduktionen, die mit dem abgelehnten Energiegesetz erreicht worden wären, auf anderen Wegen angestrebt werden. Darüber hinaus soll der Kanton Bern – gemäss der «Vision 2030» für die Umwelt – insbesondere in allen Bereichen des Klimaschutzes eine «führende Rolle» übernehmen. Dazu sind die Auswirkungen auf das Klima bei allen politischen Entscheiden stärker als bisher zu berücksichtigen und jene politischen Geschäfte prioritär zu behandeln, die den Klimawandel und dessen Folgen abschwächen.		-